

II- 498 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Zl. olo.o23 - Parl./72

Wien, am 2. März 1972

186 /A.B.
zu 197 /J.
Präs. am 8. März 1972

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
lo lo W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 197/J-NR/72, die die Abgeordneten Dipl.Ing. Hanreich
und Genossen am 21. Jänner 1972 an mich richteten, beehre
ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) Die Zweckmäßigkeit der Beibehaltung
von Reproduktionsgebühren wird seit Jahrzehnten diskutiert.
Gegen eine generelle Abschaffung spricht der daraus resul-
tierende Entfall beträchtlicher Staatseinnahmen sowie der
Umstand, daß damit vorwiegend kommerzielle Publikationen,
sehr oft auch ausländische, gefördert würden. Für wissen-
schaftliche oder sonst förderungswürdige Publikationen
wird seit jeher in liberalster Form Ermäßigung oder gänz-
liche Nachsicht der Reproduktionsgebühren gewährt.

ad 2) Die einzige vorgesehene Änderung besteht
darin, daß in Zukunft Erlaß oder Ermäßigung von Reproduk-
tionsgebühren ausschließlich dem Bundesministerium für Wissen-
schaft und Forschung vorbehalten werden soll. Damit soll die
Gefahr eines Mißbrauches sowie jede Unvereinbarkeit aus-
geschlossen werden. Zur Beratung des Bundesministeriums für
Wissenschaft und Forschung wird die Schaffung einer Kommis-
sion, ähnlich den bereits bestehenden Ankaufs- oder Tausch-
kommissionen, erwogen, in welche Wissenschaftler, und zwar nicht
nur aus dem Personal der Museen, zu berufen wären.

./.

ad 3) Die Einbeziehung österreichischer Kunstschätze, aber auch anderer Musealobjekte, wie etwa historischer, naturwissenschaftlicher und ethnographischer Art, in die Publikationstätigkeit der Verlage wird in der geschilderten Form weiter erfolgen. Es kann dazu festgestellt werden, daß bei einer Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen bereits die Grenze des Vertretbaren erreicht ist.

Handwritten signature